Recht in Gesellschaft und Staat

Didaktische und methodische Neuerung in der Konzeption des Heftes

Es ist der Anspruch der WOCHENSCHAU, das didaktische und methodische Konzept der Hefte permanent weiterzuentwickeln und Impulse aus der fachdidaktischen Diskussion aufzunehmen. Zugleich muss sich schülernah konzipiertes Unterrichtsmaterial stets an der Situation der Schülerschaft orientieren. In diesem Sinne befindet sich die WOCHENSCHAU für die Sekundarstufe I in einem Entwicklungsprozess, in dem wir ein besonderes Augenmerk auf den Aufbau von Textkompetenz und Sprachbildung legen. Ebenso werden Möglichkeiten der Binnendifferenzierung in besonderer Weise mitbedacht. Auch dieses Heft enthält einige diesbezügliche Veränderungen. Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen.

Sprachbildung und Textkompetenz: Lehrkräfte melden immer wieder rück, dass viele Schüler*innen Probleme mit Texten hätten, sowohl in rezeptiver als auch in produktiver Hinsicht. Dieser Tatsache wurde bei der Konzeption dieses Heftes in mehrfacher Weise Rechnung getragen: Die luftigere Gestaltung - beispielsweise durch die vermehrte Hervorhebung von Sinnabschnitten eines Textes - erleichtert die Texterschließung. Ebenso wurden Arbeitsvorschläge kleinschrittiger formuliert, um zunächst ein Grundverständnis des Textes sicherzustellen, bevor eine vertiefende inhaltliche Auseinandersetzung stattfinden kann. An manchen Stellen wurden statt kleinschrittiger und umfangreicher Arbeitsvorschläge "Tipps zu ..." formuliert, die es vor allem schwächeren Schüler*innen erleichtern sollen, die an sie gerichteten Erwartungen zu erfüllen.

Zur Unterstützung der schriftlichen wie mündlichen Textproduktion wurden an unterschiedlichen Stellen sprachbildende Maßnahmen vorgesehen, wie etwa Formulierungshilfen zur Zusammenfassung, Differenzierung oder Bewertung von Sachverhalten.

Binnendifferenzierung: Bei der Konzeption des Heftes wurde sowohl bei der Auswahl der Materialien, als auch bei der Formulierung der Arbeitsaufträge darauf geachtet, das breite Leistungs- und Kompetenzspektrum heterogener Lerngruppen zu berücksichtigen. Eine besondere Bedeutung kommt hier den kleinschrittigeren Aufgabenformulierungen zu, die es auch schwächeren Schüler*innen ermöglichen sollen, die angestrebten Lernziele und Kompetenzen zu erreichen. Leistungsstärkere Lernende können gegebenenfalls auf solche Zwischenschritte verzichten.

Didaktische und methodische Hinweise | Sek. I

Inhaltliche Struktur und methodisch-didaktische Begründung des Heftes

Das Thema "Recht" stößt bei Schüler*innen erfahrungsgemäß auf großes Interesse, da es viele Fragen aufwirft, die sie unmittelbar betreffen, und spannende Kontroversen bereithält. Dieses WOCHENSCHAU-Basisheft "Recht in Gesellschaft und Staat" möchte Schüler*innen einen Überblick über Grundfragen des rechtlichen Rahmens einer Gesellschaft bieten. Die Schüler*innen sollen das reziproke Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Realitäten und Gesetzesnormen erkennen und deren Wandel reflektieren.

Konkretionen des Rechts begegnen den Lernenden anhand von Beispielen aus ihrem Nahbereich: Schule und Schulrecht, Jugendkriminalität, Geschäftsund Deliktfähigkeit, Jugendschutz etc. In rechtssystematischer Hinsicht setzen sie sich anhand konkreter Fälle mit den Unterschieden zwischen Strafund Zivilrecht auseinander.

Die politische Dimension des Rechts und des Rechtsstaates bildet einen weiteren Schwerpunkt des Basisheftes. Neben den Rechtsstaatsprinzipien und Fragen der konkreten Rechtsdurchsetzung werden im Sinne einer vertiefenden Problematisierung Grenz- oder Problemfälle der Rechtsstaatlichkeit thematisiert.



Beispiele aus dem Nahbereich der Schüler*innen Das Basisheft verfolgt mithin das Anliegen, den Lernenden ein Verständnis für die Notwendigkeit von Recht und Gesetz zu vermitteln. Sie sollen ein grundlegendes Wissen über rechtliche Zusammenhänge – besonders für solche, die für Jugendliche relevant sind – erlangen. Darüber hinaus sollen die Lernenden Problemfälle erkennen, bewerten und ihre Urteile begründen.

Die einzelnen Bausteine

1. Regeln - überall!

Auf diesen einführenden Seiten werden die Lernenden mit Beispielen aus ihrem Nahbereich an das Themenfeld herangeführt. Anhand einer fiktiven Geschichte erkennen sie dann, dass menschliches Zusammenleben und eine gesellschaftliche Ordnung durch gemeinsam akzeptierte Regeln geprägt werden. Diese Regeln mögen im Einzelfall als lästig wahrgenommen werden, ermöglichen aber das konfliktarme Zusammenleben von Individuen.

Schwerpunkte des Kompetenzerwerbs

Die Schüler*innen können

- Regeln, Gebote, Verbote und Normen in ihrem Alltag erkennen, benennen und deren Funktion erklären.
- anhand eines Beispiels darlegen, wie mit zunehmender Gruppengröße die Zahl der Interessen und damit verbunden auch der möglichen Konflikte zunimmt. Sie können erläutern, wie Regeln bzw. Gesetze hier eine konfliktvermeidende und befriedende Funktion haben.
- sich Texte gliedernd erschließen.

Methodische Hinweise und Alternativen

Hilfestellungen zur Texterschließung

Auf den Seiten 6 und 7 findet sich ein für die Sekundarstufe I eher langer Text. Hier sollen kleinschrittige Arbeitsaufträge und Hilfestellungen das Textverständnis erleichtern. So wurden etwa gezielt Absätze eingefügt, um die Sinnabschnitte besser erkennbar zu machen. Ebenso zielen die Arbeitsvorschläge und die zugehörigen methodischen Hinweise darauf ab, zunächst die Texterschließung zu unterstützen, bevor die inhaltliche Auseinandersetzung beginnt.

2. Recht und Gerechtigkeit

Nach dem Gedankenspiel in Kapitel 1 ist dieses Kapitel als thematische Einführung in die Realität von Recht in Gesellschaft und Staat konzipiert. Die Schüler*innen gehen der Frage nach, wozu eine Gesellschaft das Recht benötigt und erarbeiten die Grundzüge der Rechtsordnung.

Der Einstieg in das Thema Recht erfolgt mit dem Fall der Marianne Bachmeier, die 1981 den mutmaßlichen Mörder ihrer Tochter im Gerichtssaal erschoss. Anhand dieses Falles beschäftigen sich die Schüler*innen mit der Kontroverse "Selbstjustiz oder staatliches Gewaltmonopol?". An ihm lässt sich die Frage nach dem Sinn einer institutionalisierten Rechtsordnung thematisieren. Mithilfe der Methode Fallanalyse untersuchen die Schüler*innen in einem ersten Schritt die Innenperspektive, also die Motiv- und Gefühlsebene Bachmeiers, dann die Au-Benperspektive, also die Hintergründe des Falles. Es ist zu erwarten, dass zahlreiche Lernende - wie ein großer Teil der damaligen Bevölkerung - Verständnis für die Tat äußern. Deshalb überlegen sie im zweiten Schritt (Verallgemeinerung), welche Konsequenzen Selbstjustiz für die Gesellschaft hätte, diskutieren, ob ein Verhalten nach rein individualethischen Maßstäben für eine Gesellschaft ausreichend wäre und erkennen die Bedeutung des Rechts für die Gesellschaft. Im dritten Schritt werden die Erkenntnisse der Verallgemeinerung wieder auf den Fall übertragen, indem die Schüler*innen arbeitsteilig den Schlussvortrag der Staatsanwaltschaft und das Plädoyer der Verteidigung verfassen sowie im Anschluss die Beratung der Schwurgerichtskammer simulieren.

An dieser Stelle arbeiten die Schüler*innen zum ersten Mal mit Gesetzestexten. Es bietet sich an, kurz die Charakteristika juristischer Fachsprache zu thematisieren. Dem Anspruch nach soll diese zwar gut verständlich sein, in der Realität jedoch haben Laien oft große Schwierigkeiten, Gesetze und Urteile zu verstehen.

Neben der Problematisierung dieser Tatsache (Können Bürger*innen Gesetze, die sie nicht verstehen, einhalten?) kann die Erschließung von Gesetzestexten eingeübt werden. Mit der Methode Positionslinie, durch die die Schüler*innen intensiv miteinander diskutieren können, kann die Angemessenheit des Urteils bewertet werden.

Als Einstieg in das Teilkapitel "Rechtsgrundsätze und Funktionen des Rechts" dient die Darstellung von Justitia, der Göttin der Gerechtigkeit. Nach der Beschreibung können die Schüler*innen Vermutungen über die Bedeutung der Symbole Augenbinde, Schwert und Waage äußern und diese anschließend mit den im Text genannten Grundsätzen der Rechtsordnung vergleichen. Abschließend können die Einhaltung der Grundsätze problematisiert und ihr Sinn diskutiert werden. Mithilfe des folgenden Textes erarbeiten sich die Schüler*innen die Funktionen des Rechts und können die Funktion "Gewährleistung der Freiheit" näher bestimmen, indem sie das scheinbar paradoxe Verhältnis von rechtlicher Regulierung und individueller Freiheit diskutieren.

Im folgenden Unterkapitel setzen sich die Lernenden am Beispiel der Gesetzgebung zur Homosexualität mit dem Wandel von Recht im Kontext des Wandels der Gesellschaft auseinander. Sie erkennen, dass beide Wandlungsprozesse sich wechselseitig bedingen und beeinflussen.

Das letzte Unterkapitel nimmt mit dem Schulrecht und den an Schulen geltenden (Rechts-) Normen noch einmal einen Teil der Lebenswelt der Jugendlichen in den Blick. Auch hier wird beispielhaft die Notwendigkeit von Regeln beleuchtet, um dann an konkreten Einzelfällen zu diskutieren, wie das schulische Miteinander geregelt werden soll.

Die Schüler*innen können

- die Hintergründe des Falles Bachmeier beschreiben;
- die Gefahren von Selbstjustiz erläutern;
- das Urteil im Fall Bachmeier bewerten;
- die Notwendigkeit positiv gesetzten Rechts begründen;
- das Gewaltmonopol des Staates erklären;
- die Grundsätze der Rechtsordnung erläutern;
- die Funktionen des Rechts beschreiben;
- Ursachen für den Wandel des Rechts benennen;

Methodische Hinweise und Alternativen

Anstatt des Falls Bachmeier wäre es auch denkbar, die Problematik der Selbstjustiz mithilfe des Spielfilms "Muxmäuschenstill" (Deutschland, 2004) zu bearbeiten: Herr Mux, der Protagonist, möchte durch unkonventionelle Weise seine Mitmenschen zu regelkonformem Verhalten und Verantwortungsbewusstsein bringen. Die "Erziehungsmaßnahmen", die Mux anwendet, können durchaus als Selbstjustiz bezeichnet werden, wobei hier weniger die Gesetze als Maßstab angelegt werden, als vielmehr seine mitunter verqueren Moralvorstellungen.

Bei der Erarbeitung des Zusammenhangs von gesellschaftlichem Wandel und dem Wandel des Rechts wären auch andere Politikfelder und Rechtsbereiche denkbar, wie etwa die Rolle der Frau in der Familie/Gesellschaft sowie die entsprechende Gesetzgebung, der Wandel des Männerbildes in der Gesellschaft und die entsprechenden Gesetze (wie etwa Elterngeld etc.) oder der gesellschaftliche Umgang mit Krankheit und Behinderung im Kontext der Inklusionsdebatte, die ihrerseits ihren Niederschlag in der Gesetzgebung und Rechtsprechung gefunden hat.

3. Zentrale Rechtsgebiete: Straf- und Zivilrecht

Anhand eines Falles, einer Schlägerei in einer Diskothek, lernen die Schüler*innen das Straf- und das Zivilrecht kennen. Sie setzen sich mit den Besonderheiten dieser beiden Rechtsbereiche auseinander und erkennen, dass strafrechtliche Probleme oft auch eine

zivilrechtliche Komponente haben. Ausführliche Methodenhinweise bereiten auf den Besuch einer Gerichtsverhandlung vor. Die Schüler*innen lernen zudem den idealtypischen Verlauf eines Zivilsowie eines Strafprozesses kennen.

Im Anschluss an die allgemeine Auseinandersetzung mit diesen beiden großen Rechtsgebieten werden Teilaspekte in den Blick genommen, die für Jugendliche und Heranwachsende von besonderer Bedeutung sind, wie etwa Geschäfts- und Deliktsfähigkeit. Im Sinne einer Fallorientierung wurden hier jeweils fiktive Situationen herangezogen, an denen die Jugendlichen exemplarisch lernen können. Der Jugendkriminalität und dem Jugendstrafrecht ist das folgende Kapitel gewidmet.

Die Schüler*innen können

- die Unterschiede zwischen Straf- und Zivilrecht benennen und konkrete Fälle den beiden Rechtsgebieten zuordnen.
- Unterschiede zwischen einem Straf- und einem Zivilverfahren benennen.
- einschlägige Rechtsnormen anhand einfacher Beispiele anwenden.

4. Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht

Da Heranwachsenden bereits die Verantwortung für ihr Handeln zugeschrieben werden kann, man aber zugesteht, dass sie unter Umständen die Folgen noch nicht recht abschätzen können oder sich und ihre Rolle in der Gesellschaft erst noch finden müssen, sieht die deutsche Rechtsordnung ein eigenes Jugendstrafrecht vor. Folglich hat das Jugendstrafrecht auch eher einen erziehenden als einen punitiven Charakter.

Zum Einstieg setzen sich die Lernenden mit typischen Erscheinungsformen der Kriminalität im Jugendalter auseinander. Sie lernen den Gang eines Strafverfahrens kennen und beschäftigen sich mit dem Zweck von Strafe. In diesem Zusammenhang wird auch ein besonderes Augenmerk auf die Bedeutung der Zivilcourage gelegt. Dies soll den Schüler*innen Gelegenheit geben, sich auch handlungsorientiert mit dem Fall auseinanderzusetzen. Nach der Behandlung eines entsprechenden Falles von Jugendgewalt wird die grundsätzlichere Frage gestellt, wieso es überhaupt eigene strafrechtliche Regelungen für Heranwachsende gibt. In diesem Zusammenhang erkennen die Schüler*innen, dass es eine bestimmte Phase in der Entwicklung zum Erwachsenen ist, in der Jugendliche gehäuft straffällig werden und dass sich daraus die besondere Intention des Jugendstrafrechts erklärt.

Zur problematisierenden Vertiefung wird ein weiterer Fall angeführt, bei dem es um Cybermobbing

Geschäfts- und Deliktsfähigkeit

Wieso gibt es eigene strafrechtliche Regelungen für Heranwachsende?

Handlungsorientierung

Hilfestellungen zur Texterschließung

Wechsel der Darstellungsform

Als Hinführung zur Kontroverse um ein Alkoholverbot kann den Schüler*innen zunächst die Möglichkeit gegeben werden, Jugendschutz an sich zu beurteilen. Da die meisten Schüler*innen diesen als sinnvoll erachten werden, können sie dann mit der Forderung nach einem Alkoholverbot für unter 18-Jährige konfrontiert werden. Die unterschiedlichen Materialien auf den Seiten 46-47 geben Auskunft über den Alkoholkonsum Jugendlicher und dessen Folgen. Sie verdeutlichen so, dass der Alkoholkonsum Jugendlicher problematische Formen annehmen kann. Vor diesem Hintergrund soll in Form einer Podiumsdiskussion über ein mögliches Alkoholverbot debattiert werden.

und Sexting geht. Hier erkennen die Jugendlichen,

dass selbst dann, wenn eine Bestrafung nach den

Maßgaben des Jugendstrafrechts etwa aufgrund

des Alters nicht möglich ist, Täter*innen dennoch

aufgrund anderer Gesetze belangt werden können.

So können sie etwa zivilrechtlich zur Zahlung eines

Schmerzensgelds verurteilt werden. In diesem Kon-

text werden auch weitere Möglichkeiten themati-

siert, wie man sich gegen Cybermobbing wehren

kann. Die Schüler*innen erschließen sich die Aus-

führungen eines Betroffenen und arbeiten aus dem Text die Besonderheiten von Cybermobbing, die

Betroffenenperspektive sowie politische Handlungs-

möglichkeiten heraus. Sie übertragen ihre aus dem

Text gewonnenen Erkenntnisse in ein Plakat. Diese

Übersetzung von einer Darstellungsform in eine an-

Zum Abschluss des Kapitels werden mit den Jugendschutzgesetzen noch einmal Rechtsnormen in den

Blick genommen, die für Heranwachsende von be-

sonderer Bedeutung sind. Auch wenn es sich streng

genommen weniger um strafrechtliche Normen

handelt, so steht etwa der Alkoholkonsum doch in

engem Zusammenhang mit Jugendkriminalität.

dere dient als sprachbildendes Element.

Podiumsdiskussion zum Alkoholverbot

Die Schüler*innen können

- Besonderheiten des Jugendstrafrechts benennen und dessen Notwendigkeit begründen.
- das Jugendstrafrecht als ein Intrument beschreiben, das vor allem auf Erziehung und Korrektur abzielt und weniger auf Strafe.
- eine eigene Position zum Thema Zivilcourage entwickeln.
- darlegen, wieso Kinder und Jugendliche, die noch nicht unter die Bestimmungen des Jugendstrafrechts fallen, dennoch belangt werden können.
- unterschiedliche Darbietungsformen von Informationen unterscheiden und deren (emotionale) Wirkungen benennen.
- kontroverse Positionen erkennen und diese in Form einer Debatte vertreten.

5. Recht und Politik

In einem demokratischen Verfassungsstaat wie der Bundesrepublik Deutschland ist politische Macht ohne die Bindung an Recht und Gesetz nicht denkbar. Im letzten Kapitel des Themenheftes soll den Schüler*innen das vielschichtige Wechselverhältnis von Recht und Politik vermittelt werden. Im Zentrum steht dabei das Konzept des materiellen "Rechtsstaates". Um das Vorwissen und die Präkonzepte der Schüler*innen aufzugreifen, sollen sie zunächst zielgerichtet zum Begriff "Rechtsstaat" assoziieren. Die eigenen Überlegungen können dann mit einer kurzen Arbeitsdefinition abgeglichen werden, um sicherzustellen, dass die Schüler*innen im weiteren Unterrichtsverlauf von einem gemeinsamen Begriff ausgehen. Es folgt bei einem Gruppenpuzzle die arbeitsteilige Erarbeitung der zentralen Prinzipien des materiellen Rechtsstaates:

- Grundrechte
- Gewaltenteilung
- Rechtsbindung
- Rechtsschutz und Vertrauensschutz
- Rechtsgleichheit

Die eher theoretische Auseinandersetzung mit dem Rechtsstaat bedarf der Konkretisierung und Problematisierung. Dies ist Gegenstand der nachfolgenden Unterkapitel: Zunächst geht es um die Frage, wer Recht und Gesetz konkret durchsetzt. Methodisch wird hier auf eine Expert*innenbefragung gesetzt, zu der ein*e Vertreter*in bzw. Jugendsachbearbeiter*in der örtlichen Polizei eingeladen wird.

In Zusammenhang mit der Polizei, ihrer Rolle und ihrer Rechtsgebundenheit wird auch die aktuelle Kontroverse um die Kennzeichnungspflicht von (Bereitschafts-) Polizist*innen thematisiert.

Den Abschluss dieses Kapitels und des Basisheftes bilden zwei komplexe Dilemma-Fälle, an denen praktische Grenzfälle der Rechtsstaatlichkeit deutlich werden: Stalleinbrüche von Tierschützer*innen und die Debatte um die "Rettungsfolter".

Der Tierschutz gehört zu den im Grundgesetz angeführten Staatszielen. Er findet seine Konkretion in zahlreichen Rechtsnormen zum Schutz von Tieren. Zugleich aber zeigt sich die eklatante Schwäche des Staates bei der Durchsetzung dieser Gesetze. Da effektive Kontrollen fehlen, sehen sich Tierschutz-Aktivist*innen berufen, Straftaten zu begehen (hier etwa Einbruch und Hausfriedensbruch) um andere, schwerwiegendere Straftaten aufzudecken und zu dokumentieren (Verstöße gegen Tierschutzgesetze). In der Rechtsprechung erhalten die Tierschützer*innen immer wieder Recht. Hier zeigt sich das paradoxe Dilemma, in dem sich der Rechtsstaat befindet: Da er selbst nicht in der Lage ist, Recht

WISSENSCHAFT FÜR DIE PRAXIS

ANALYSEN I KONTROVERSEN I BILDUNG

POLITIKUM erschließt Erkenntnisse und Kontroversen der Wissenschaft einem breiten Publikum.

POLITIKUM steht für unterschiedliche wissenschaftliche Perspektiven und politische Positionen.

POLITIKUM ist verständlich.

POLITIKUM stellt Umstrittenes kontrovers dar.

POLITIKUM lässt renommierte Autorinnen und Autoren aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zu Wort kommen.

NEUE GEOPOLITIK

经济中心 对接 Andocken Geopolitische Denkfiguren

Kritik der klassischen Geopolitik oder Zeit für eine Ehrenrettung

Die Geo-Ökonomie der USA

Russland in einer polyzentrischen Welt

China: Strategie der Konnektivitätspolitik

Deutsche Außenpolitik pro & contra: verkehrt oder bewährt?

Ist die EU strategisch blind?



WOCHEN SCHAU VERLAG

FORDERN SIE JETZT IHR GRATIS-PROBEHEFT AN WWW.POLITIKUM.ORG

























Preis pro Heft € 12,80 Im Abonnement sparen Sie 20 %





... ein Begriff für politische Bildung

Gerhard Himmelmann

Demokratie-Lernen in der Schule

Wie geht politische Bildung mit den vielfältigen Hoffnungen und Erwartungen, aber auch mit Enttäuschung, Unsicherheit und Unzufriedenheit um? Die hier vorgestellten Ansätze der Demokratiepädagogik bieten eine Hilfestellung. So werden neben der politisch-institutionellen Bildung auch die zivilgesellschaftlichen und die alltagsbedeutsamen Aspekte der Demokratie in den Blick genommen.

ISBN 978-3-7344-0452-8, 48 S., € 9,90 PDF: ISBN 978-3-7344-0453-5, € 9,90



Katharina Studtmann

Außerschulisches Lernen im Politikunterricht

Raus aus dem Klassenzimmer, rein in die Welt! Politikunterricht lässt sich auch an außerschulischen Lernorten mit Gewinn durchführen. Welche Potenziale außerschulisches Lernen im Politikunterricht bietet und wo seine Herausforderungen liegen, wird in diesem Band auf der Basis politikdidaktischer Überlegungen und fünf erprobter Praxisbeispiele für die Klassen 4 bis 13 deutlich.

ISBN 978-3-7344-0509-9, 96 S., € 12,90 PDF: ISBN 978-3-7344-0510-5, € 12,99



Daniela Elsner, Tim Engartner, Subin Nijhawan, Nina Rodmann

Politik & Wirtschaft bilingual unterrichten

Der vorliegende Band skizziert einen Orientierungsrahmen für die englischsprachige Ausgestaltung des Politikund Wirtschaftsunterrichts, der auf den jüngsten Forschungserkenntnissen zum bilingualen Sachfachunterricht fußt und den curricularen Entwicklungen sozialwissenschaftlicher Integrationsfächer Rechnung trägt.

ISBN 978-3-7344-0837-3, 72 S., € 12,90 PDF: ISBN 978-3-7344-0838-0, € 9,99



www.wochenschau-verlag.de

durchzusetzen, muss er Personen freisprechen, die diese Aufgabe übernehmen, dabei Straftaten begehen und sich auf Rechtfertigungsgründe wie den "rechtfertigenden Notstand" berufen können.

Ähnlich heikel ist die Debatte um die "Rettungsfolter", verdeutlicht am Fall des Kindesentführers Magnus Gäfgen, dem der ehemalige Frankfurter Vizepolizeipräsident Wolfgang Daschner Folter angedroht hatte. Das Leben des entführten Jungen war in Gefahr und Gäfgen verweigerte jegliche Aussage. Als Daschner ihn mit Folter bedrohte, gab der Entführer den Aufenthaltsort des Jungen bekannt, den er allerdings zuvor schon getötet hatte.

Politiker*innen und Vertreter*innen der Justiz brachten nach Bekanntwerden dieses Vorfalls spontan Verständnis oder Zustimmung für das Vorgehen Daschners zum Ausdruck. Noch deutlichere Töne waren in zahlreichen Leserbriefen zu vernehmen, in denen nicht selten offen Bewunderung für die Haltung Daschners anklang.

Noch lösen Personen, die öffentlich über eine mögliche Legitimität von Folter (z.B. zur Bekämpfung des Terrorismus) nachdenken, Proteste aus. Es ist jedoch durchaus denkbar, dass angesichts der terroristischen Bedrohungen – ähnlich wie in den USA – auch in Europa eine Stimmung entsteht, in der das absolute Folterverbot relativiert werden könnte. Sprachregelungen wie "Rettungsfolter" oder "Aussagenerzwingung" sind letztlich ein Indiz dafür, dass bisher bestehende Grenzlinien aufgeweicht werden.

Als Einstieg in den Fall untersuchen die Schüler*innen die Geschehnisse im Fall Daschner. Alternativ könnte der Text durch den ZDF-Fernsehfilm "Der Fall Jakob von Metzler" ersetzt werden. Da der Fall aufwühlend ist, sollte spontanen, auch emotionalen Äußerungen Raum gegeben werden. In der folgenden Informationsphase erarbeiten die Schüler*innen die Hintergründe des Falls. Im nächsten Schritt führen sie eine Pro-Contra-Debatte zur Frage "Sollte Rettungsfolter erlaubt sein, um das Leben unschuldiger Menschen zu retten?" durch.

Der Fall ist auch vor einem anderen Hintergrund interessant: Nach seiner Verurteilung hatte Gäfgen jahrelang versucht, gegen das Urteil vorzugehen und das Verfahren neu aufzurollen. Mit seinem Urteil vom 10. Oktober 2012 hat das Oberlandesgericht Frankfurt in zweiter Instanz entschieden, dass das Land Hessen Gäfgen eine Entschädigung von 3.000 Euro zahlen muss. Das Landgericht hatte sich in seinem Urteil auf die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall Gäfgen gestützt. Dieser hatte 2010 festgestellt, dass die Androhung von Folter eine unmenschliche Behandlung im Sinne der Europäischen Menschenrechtskonvention war und ausnahmslos verboten ist. Der Fall Daschner setzt hier wiederum an der

Frage nach Recht und Gerechtigkeit an, die bereits zu Beginn dieses Basisheftes aufgeworfen wurde.

Die Schüler*innen können

- Texte arbeitsteilig erschließen und sich gegenseitig über die zentralen Inhalte informieren.
- die grundlegenden Bestandteile der Rechtsstaatlichkeit benennen.
- Interviews mit Expert*innen im Unterricht vorbereiten, durchführen und auswerten.
- die Aufgaben der Polizei benennen.
- sich in der Frage, ob es eine Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen geben sollte, begründet positionieren.
- die Problematik der Durchsetzung des Rechts am Beispiel der Tierrechtsverletzungen darlegen und mögliche Gegenstrategien (aus rechtsstaatlicher Perspektive) bewerten.
- am Beispiel der "Rettungsfolter" Probleme benennen, die sich aus der Selbstbeschränkung staatlicher Macht durch die Rückbindung staatlichen Handelns an Recht und Gesetz ergeben.
- diese Probleme bewerten und über Grenzsituationen der Rechtsstaatlichkeit diskutieren.

Literaturempfehlungen

Thomas Böhm: Nein, du gehst jetzt nicht auf's Klo! – Was Lehrer dürfen, München 2017.

Diese Einführung ins Schulrecht gibt verlässlich Auskunft über zentrale Rechtsnormen innerhalb der Schule – auch wenn freilich die jeweiligen landesrechtlichen Regularien hier nicht berücksichtigt werden können.

Duden Recht A-Z. Fachlexikon für Studium, Ausbildung und Beruf. 3. Aufl., Berlin 2015.

Der Duden Recht ist ein zuverlässiges Nachschlagewerk für juristische Fragen, Begriffe und Konzepte.

Christian Fahl: Jura für Nichtjuristen. Sieben unterhaltsame Lektionen, München 2012.

Dieses kurzweilige und gut lesbare Büchlein führt in die zentralen Frage- und Themenstellungen der wichtigsten Rechtsbereiche ein. Es eignet sich als Hintergrundlektüre oder – auszugsweise – als Basis für Referate von Schüler*innen.

Kriminalität und Strafrecht (Informationen zur politischen Bildung Nr. 306/2018)

Diese Ausgabe der IzpB bietet einen guten Überblick über wesentliche Aspekte des Strafrechts, der Straftheorien und der Kriminalität, aber auch des Jugendstrafrechts und des Strafvollzugs. Es eignet sich sowohl für die Hand der Unterrichtenden, als auch als Basismaterial für Referate der Lernenden. Auch online verfügbar unter: www.bpb.de/izpb/268205/kriminalitaet-und-strafrecht

Nicola Lindner: Jura für Kids. Eine etwas andere Einführung in das Recht, 2., aktual. u. erw. Ausg., München 2015.

"Jura für Kids" bietet einen soliden Überblick über wesentliche Fragen des Rechts. Ausgehend von der Grundfrage, wieso es der Gesetze bedarf, schildert sie problemorientiert, wie Gesetze entstehen und wie sie im Rechtsstaat durchgesetzt werden. Anhand von Beispielen führt sie in wichtige Rechtsgebiete ein. Ein eigenes Kapitel widmet sie dem Grundgesetz. Darüber hinaus gibt sie anschauliche Einblicke in die Praxis der Rechtsprechung und stellt die wichtigsten Berufe im Bereich des Rechts vor. Dieses Buch eignet sich für die Unterrichtsvorbereitung, aber in Auszügen auch als Basislektüre für Referate von Schüler*innen.

Recht (= Fluter. Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung, Frühling 2011/Nr. 38).

Diese Ausgabe des Jugendmagazins "Fluter" behandelt unterschiedliche Aspekte des Themenfelds "Recht".

Auch online verfügbar unter: www.fluter.de/heft38

WOCHENSCHAU-Themenheft "Grund- und Menschenrechte", Sekundarstufe I, Bestellnr.: 1417 In diesem Heft befassen sich die Schüler*innen mit den Charakteristiken der Grund- und Menschenrechte und der Bedeutung der Menschenwürde und fragen danach, für wen und wie Menschenrechte galten und gelten. Außerdem erfahren sie, wo Menschenrechte festgehalten sind. Anhand der Themenfelder Arbeit, Asyl und Gleichberechtigung werden konkrete Beispiele für Menschenrechte im alltäglichen Leben dargestellt und diskutiert.

WOCHENSCHAU-Themenheft "Freiheit und Gleichheit", Sekundarstufe II, Bestellnr.: 2314

In diesem Themenheft geht es nicht nur um die Freiheit von Gruppen, Nationen oder Völkern. Auch das Individuum strebt nach Freiheit. Ein jeder von uns beruft sich immer wieder auf seine Freiheit und verbietet sich jede unangemessene Beschränkung der Freiheit. Freiheit ist ein Ideal, nach dem wir Menschen streben, aber Freiheit ist auch Verantwortung und Bürde. Doch: Was ist Freiheit überhaupt? Wie ist sie genauer zu fassen? In welchem Spannungsverhältnis steht sie zu anderen politischen Ideen und Idealen?

Veit Straßner und WOCHENSCHAU Redaktion



Didaktische Reihe

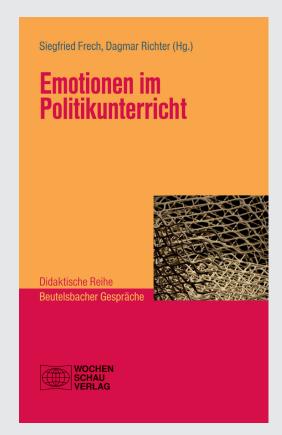
... ein Begriff für politische Bildung

Siegfried Frech, Dagmar Richter (Hg.)

Emotionen im Politikunterricht

Meinen und Fühlen sind modern – in der Politik, in den Medien und seit kurzem in der Politikdidaktik. Politische Bildung ist zwar der Rationalität verpflichtet, ebenso aber auf Emotionen angewiesen. Gefühle, Stimmungen und Affekte beeinflussen Erkenntnis- und Urteilsprozesse gleichermaßen.

In der politischen Bildung finden sich schon seit den 1970er Jahren Begriffe wie Interesse, Betroffenheit, affektive Einstellungskomponente oder Handlungsmotivation bis hin zu Systemvertrauen, die sich unter dem Stichwort "Emotionen" sammeln lassen. Doch bleiben sie häufig unpräzise und ihre Beziehung zur Rationalität, zur Vernunft und zum Wissen ungeklärt. Ihre Diskussion im Zusammenhang mit Sozialisationsprozessen und politischem Lernen wird in diesem Band der Didaktischen Reihe angesichts neuer gesellschaftlicher Herausforderungen und didaktischer Entwicklungen diskutiert.



ISBN 978-3-7344-0788-8, 264 S., € 29,90 PDF: ISBN 978-3-7344-0789-5, € 23,99

Die Didaktischen Reihe dokumentiert kontinuierlich die didaktische Fachdiskussion und die traditionsreichen "Beutelsbacher Gespräche" in Bad Urach. Zudem bietet das "Methodentraining für den Politikunterricht" Materialien für den direkten Einsatz im Unterricht. Alle Titel der Reihe finden Sie auf unserer Website unter

www.wochenschau-verlag.de/DidaktischeReihe



www.wochenschau-verlag.de



